



Alle Wege führen nach – ja, wohin?  
Aufbauarbeiten für den CDU-  
Parteitag 2018 in Hamburg.  
FOTO: C. CHARISIUS/DPA

VON KRISTINA DUNZ  
UND KERSTIN MÜNSTERMANN

**BERLIN** Was haben sie nicht alles geplant im Konrad-Adenauer-Haus: Mit einem ausgeklügelten Hygiene-Konzept sollte der CDU-Bundesparteitag für die Vorstandswahl im Dezember in der Stuttgarter Messe möglich gemacht werden. Weiter Abstand zwischen den Tischen, gezielte Einlasszeiten und Alarmsignale bei Distanzunterschreitung.

Die Corona-Pandemie hatte schon im April alle Pläne für einen Sonderparteitag durchkreuzt, die Nachfolge von Annegret Kramp-Karrenbauer zu regeln, die im Februar ihren Rückzug angekündigt hatte. Nun sollte es ganz turnusgemäß zur Vorstandswahl kommen. Aber die drastisch steigenden Zahlen der Corona-Neuinfektionen machen ein Treffen in dieser Größenordnung wahrscheinlich erneut zunichte.

Der Landkreis Esslingen, in dem die Messe Stuttgart liegt, war der erste, der im Südwesten über die kritische 50er-Marke sprang: Aktuell gibt es 95 Infizierte pro 100.000 Einwohner in sieben Tagen. Die Politik könne sich nicht gegen Fußballspiele vor Publikum und gegen Weihnachtsmärkte aussprechen und dann einen Kongress mit 1001 Delegierten veranstalten, heißt es in der CDU-Spitze.

**GASTBEITRAG** In der Schulpolitik bewege sich zu wenig, bemängelt die Vorsitzende der Gymnasialeltern in NRW - und übt deutliche Selbstkritik.

## Viele von uns Eltern sind bequem

VON JUTTA LÖCHNER

Seit Jahren, wenn nicht Jahrzehnten hören und lesen wir über die Misere der Schulen in Deutschland und besonders in Nordrhein-Westfalen. Und was hat sich zum Besseren entwickelt? Wenig, manchmal nichts – wie die an vielen Stellen kläglichen Versuche zeigen. Bildungsangebote in der Zeit der Corona-Pandemie angemessen aufrechtzuerhalten. Da stellt sich die Frage nach der Verantwortung für die Erfolglosigkeit in der Bildungspolitik, für die vielen „Reformchen“, die das System mittlerweile so verkannt haben, dass wenig wirkt und spürbare Verbesserungen nahezu unmöglich werden. Wie immer ist die Antwort leider kompliziert:

- eine Verwaltung, die behäbig geworden ist mit einem Beamtenrecht, das Leistung nicht honoriert und nur wenige gute Köpfe anzieht;
- eine Politik, die nicht langfristig und wissenschaftlich basiert agiert, sondern nach Klientelausrichtung Schwerpunkte setzt und wieder umsteuert oder am beharrlichen Beamtenapparat scheitert;
- Behörden wie Bezirksregierungen, die nicht rechenschaftspflichtig sind und kritische Lehrer und Schulleitungen „beruhigen“;

- eine Lehrerschaft, die in den Schulen schon so viel auffangen muss, dass sich die Engagierten nicht mehr um systemische Ursachenbekämpfung bemühen können und sich viel zu wenig für die Bildungsqualität und die erfolgreiche Arbeit mit den Kindern einsetzen;
- Schulträger, die weder über die Kompetenz noch über die Mittel verfügen, für angemessene Lernumgebung und -mittel zu sorgen.

Wir Eltern erwarten mit Recht von der Schule, dass sie bestmögliche Bildung und Förderung ermöglicht und Anregungen bietet, die wir selbst nicht erbringen können – eine sinnvolle Arbeitsteilung, die zum Ziel hat, dass unsere Kinder zu selbstbewussten und verantwortungsvollen Persönlichkeiten heranreifen und sich ein selbstbestimmtes Leben leisten können.

Kritik geht nicht ohne Selbstkritik. Manche von uns vergessen, dass eine Arbeitsteilung auch eigenen Einsatz

Jutta Löchner ist seit 2018 Vorsitzende der Landeselternschaft der Gymnasien NRW. FOTO: DPA



Bundeskanzlerin Angela Merkel, die zwar weder für den Vorsitz noch für die nächste Kanzlerkandidatur zur Verfügung steht, gehört zu den entschiedensten Gegnern von Großveranstaltungen. Undenkbar, dass die CDU zusammenkommt und Merkel fehlt – schließlich bringt sie ihrer Partei derzeit immer noch Bestwerte in den Umfragen. Das dürfte auch mit dem Vertrauen der Bürger in ihr Corona-Krisenmanagement zu tun haben.

Annegret Kramp-Karrenbauer ist seit knapp zwei Jahren CDU-Bundesvorsitzende. Ihr Nachfolger als Ministerpräsident im Saarland, Tobias Hans, spricht das Problem offen an: Würde der Parteitag stattfinden, wäre das „ein verheerendes Signal – auch mit Blick auf die Einschränkungen, die wir unseren Bürgerinnen und Bürgern coronabedingt

im Alltag zumuten“, sagte er unserer Redaktion.

An diesem Montag will die CDU-Spitze über Alternativen entscheiden. Diskutiert wird über neun Varianten – darunter die Verlegung in ein Sportstadion, eine Briefwahl oder eine Urnenwahl an verschiedenen Standorten in Deutschland. Die Idee ist, den Parteitag in Präsenz und digital gleichzeitig zu organisieren, also hybrid. Die drei Kandidaten – NRW-Ministerpräsident Armin Laschet, Ex-Unionsfraktionschef Friedrich Merz und Außenexperte Norbert Röttgen – könnten auf einer Bühne auftreten und in ihren Reden sozusagen livehaftig um den Sieg kämpfen, die Delegierten aber wären auf verschiedene Städte verteilt. Das Ganze müsste per Videokonferenz vernetzt werden.

Eine zunächst erwogene Verle-

gung des Präsenzparteitags an einen anderen Ort gilt inzwischen als kaum mehr realisierbar. Die Infektionszahlen steigen überall, und das Signal bliebe dasselbe: Die Bürger müssen ihre Kontakte beschränken, und die CDU macht Party.

Auch die Schwesterpartei CSU lässt keinen Zweifel daran, für wie abwegig sie einen Präsenzparteitag hält. CSU-Chef Markus Söder hat zwar gesagt, das entscheide die CDU allein – aber hinzugefügt: „Wir haben für uns entschieden, ganz eindeutig, dass wir eine Zusammenkunft von 1000 Leuten im Moment nicht für vertretbar halten.“ Söder, der Macher, der Corona-Bekämpfer. Der mögliche Kanzlerkandidat, ohne dass er je eine Kandidatur angemeldet hätte. Die Umfragewerte für ihn sind weiterhin bestens in dieser Hinsicht.

### MELDUNGEN

#### NRW-FDP will Landtag besser beteiligen

**DÜSSELDORF** (dpa) Der Landtag sollte aus Sicht der in Nordrhein-Westfalen mitregierenden FDP wieder stärker in Entscheidungen über das Corona-Krisenmanagement eingebunden werden. In der kommenden Woche werde die Landtagsfraktion über ein entsprechendes Positionspapier beraten, teilte eine Sprecherin mit. „Je länger die Pandemie unseren Alltag bestimmt, desto nötiger ist es, politische Abwägungsprozesse durch die Debatte im Parlament transparent zu machen“, unterstrich der parlamentarische Geschäftsführer Henning Höne.

#### Hotel-Verbot auch im Norden gekippt

**SCHLESWIG** (dpa) Schleswig-Holsteins Oberverwaltungsgericht hat das Beherbergungsverbot für Touristen aus Corona-Hotspots gekippt. Das Gericht in Schleswig stufte die Regelung als rechtswidrig ein. Es erklärte sie in einem Eilverfahren auf Antrag von zwei Hotelbetrieben für außer Vollzug gesetzt, bis eine Entscheidung in der Hauptsache getroffen ist (Az.: 3 MR 47/20). „Veranlasst ist die Entscheidung durch die dringende Notwendigkeit, schwere wirtschaftliche Nachteile für die Beherbergungsbetriebe abzuwehren“, erklärte das Gericht.

Hans wirbt eindringlich: „Ich bin dafür, dass wir den Parteitag Anfang Dezember als hybriden Parteitag mit virtuellen Elementen und Präsenzveranstaltungen im kleinen Stil dezentral durchführen.“ Das Bedürfnis sei groß, im Dezember den Vorsitz zu klären. Es gebe nur wenig

### INFO

#### Die bisherigen CDU-Vorsitzenden

**1950-1966** Konrad Adenauer  
**1966-1967** Ludwig Erhard  
**1967-1971** Kurt Georg Kiesinger  
**1971-1973** Rainer Barzel  
**1973-1998** Helmut Kohl  
**1998-2000** Wolfgang Schäuble  
**2000-2018** Angela Merkel  
**Seit 2018** A. Kramp-Karrenbauer

## AfD und NPD erfolgreich mit Klage gegen Paritätsgesetz

VON GUDRUN JANICKE

**POTSDAM** (dpa) Bei den Landtagswahlen in Brandenburg ist künftig nicht zwingend vorgeschrieben, dass Männer und Frauen gleichmäßig auf den Landeslisten der Parteien stehen müssen. Brandenburg wäre bundesweit das erste Land mit einem geltenden Paritätsgesetz gewesen. Das Landesverfassungsgericht lehnte jedoch das Gesetz ab und bezeichnete es als verfassungswidrig. Die Entscheidung wurde einstimmig getroffen, wie es in der mündlichen Verkündung hieß.

Das Gesetz beschränke die Freiheiten der Parteien bei der Aufstellung von Kandidaten und damit die Teilnahme an Wahlen, teilte das Gericht mit. Der Grundsatz der Freiheit der Wahl gelte für Parteien bereits vor der Wahl. Schon bei der Aufstellung der Kandidatenlisten müsse die Offenheit des Willensbildungsprozesses vom Volk bis zu den Staatsorganen gewährleistet werden. Durch ein Paritätsgesetz nähme der Gesetzgeber Einfluss auf die Zusammensetzung der Listen. Zudem könnten Parteien Schwierigkeiten haben, ihre Listen abwechselnd

Zustimmung dafür, den Parteitag ins Frühjahr zu verlegen – „zumal wir auch nicht wissen, wie die Pandemie sich entwickelt“. Hans betont: „Es sind alle leid, dass die Führungsfrage in der CDU weiter offen ist.“ Und wer die Partei im Jahr 2021 führen wolle, müsse mit einem hybriden Format klarkommen. Die CDU als staatstragende Partei müsse ein Vorbild in dieser Pandemie sein.

Auch Merz will den Parteitag auf jeden Fall stattfinden lassen. Möglicherweise eben mit einer „dezentralen, in jedem Fall aber coronarechten Lösung“. Vergleiche mit Volksfesten, dem Oktoberfest und Fußballspielen findet er falsch. Parteitage, Wahlen in politischen Parteien seien Voraussetzung dafür, dass die Demokratie funktioniere.

Grundsätzlich muss der Vorstand der CDU alle zwei Jahre neu bestimmt werden. In Krisenzeiten darf es aber Ausnahmen geben. So lange bliebe Annegret Kramp-Karrenbauer eben geschäftsführend im Amt. Auch eine Online-Wahl des Vorsitzenden gilt nicht als gänzlich ausgeschlossen. Eine Voraussetzung für ein solches Verfahren müsste aber wohl sein, dass eine Notlage amtlich festgestellt wird und dass zusätzlich die Partei ohne digitalen Parteitag handlungsunfähig würde.

So weit ist es allerdings bei der CDU doch noch nicht.

mit einer Frau und einem Mann zu besetzen. Das könnte wiederum Einfluss auf die Chancen bei der Wahl haben, so die Richter.

Verhandelt wurden zwei Klagen der NPD und der AfD, die die Freiheit der Wahl und die Organisationsfreiheit der Parteien gravierend beeinträchtigt sahen. Der Landtag hatte im vergangenen Jahr mehrheitlich für das Gesetz gestimmt; seit dem 30. Juni war es in Kraft.

#### Die Regel in Brandenburg verstößt gegen die Freiheiten der Parteien

Brandenburg war das erste Bundesland mit einem Paritätsgesetz. In mehreren Ländern wurde oder wird über eine Paritätsregelung diskutiert. Der Thüringer Verfassungsgerichtshof kippte bereits im Juli die dortige Regelung im Landeswahlrecht, wonach Parteien ihre Kandidatenlisten für Landtagswahlen abwechselnd mit Männern und Frauen besetzen müssen.

Auch im Bund kämpften Frauen für mehr Teilhabe in Parlamenten, etwa die Vorsitzende der Grünen-Bundestagsfraktion, Katrin Göring-Eckardt, und die frühere Bundestagspräsidentin Rita Süssmuth (CDU). Der Frauenanteil im Bundestag war bei der Wahl 2017 von zuvor 37 Prozent auf 31 Prozent gesunken.